

## Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

### **Gesundheit global denken**

Wir Freie Demokraten wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle Menschen weltweit ein gesundes Leben führen können. Denn Gesundheit ist nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit, sondern Grundlage für Wohlstand und Entwicklung. Gemeinsam mit unseren Partnern wollen wir das Recht auf Gesundheit weltweit verwirklichen und alles daran setzen, die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 zu erreichen. Sie bilden die Grundlage einer ganzheitlichen globalen Gesundheitspolitik, die soziale und ökologische Determinanten berücksichtigt. Ziel 3 „Gesundheit und Wohlergehen für alle“ ist zwar ausschließlich der Gesundheit gewidmet, steht jedoch in enger Wechselwirkung mit den 16 anderen Zielen und kann nicht unabhängig von ihnen verfolgt werden.

Um hochwertige und bedarfsgerechte Gesundheitsdienste, die Eindämmung übertragbarer sowie nicht übertragbarer Krankheiten, die Förderung der psychischen Gesundheit, die Verringerung der Zahl von Todesfällen und Erkrankungen aufgrund von Luft-, Wasser-, und Bodenverschmutzungen, die selbstbestimmte Familienplanung und Müttergesundheit und die Sicherstellung der Gesundheitsgrundversorgung in den Schwellen- und Entwicklungsländern langfristig und flächendeckend zu gewährleisten, muss aber noch viel geschehen. Daher fordern wir ein Umdenken in der aktuellen Gesundheitsversorgung in den betroffenen Regionen.

Im Einzelnen fordern wir:

#### **1. Investitionen in Gesundheitssysteme**

Mindestens die Hälfte der Weltbevölkerung verfügt noch immer nicht über einen Zugang zu grundlegender Gesundheitsversorgung, weil sie es sich finanziell nicht leisten können, keine medizinische Infrastruktur vorhanden ist oder medizinisches Personal fehlt. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen überall auf der Welt, unabhängig von ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit, Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen haben. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Dienste auf einer gleichberechtigten und nichtdiskriminierenden Grundlage angeboten werden und niemand zurückgelassen wird, insbesondere benachteiligte, stigmatisierte oder marginalisierte Menschen, Kinder, Jugendliche, Frauen, alte Menschen, Angehörige der indigenen Bevölkerung, Menschen mit Behinderungen,

Menschen mit seltenen oder vernachlässigten Krankheiten sowie Menschen mit psychischen Problemen oder bereits vorhandenen Krankheiten. Entscheidend ist, dass alle Staaten die Gesundheit der Bevölkerung als prioritäres Ziel anerkennen und Verantwortung für die Versorgung ihrer Bürgerinnen und Bürger übernehmen. Staaten, die dabei aktuell durch die Entwicklungshilfe finanziell unterstützt werden, sollen langfristig dazu befähigt werden, nachhaltige Strukturen aufzubauen und die gesundheitliche Versorgung ihrer Bürgerinnen und Bürger selbstständig zu übernehmen.

Wir unterstützen die Schaffung starker, reaktionsfähiger und öffentlicher Gesundheitssysteme. Sie sind Grundlage für eine universelle Gesundheitsversorgung und wesentliche Voraussetzung für Gesundheitssicherheit. Für den Aufbau beziehungsweise Ausbau einer bedarfsgerechten Versorgung sind die Einrichtung von Solidarsystemen zur Finanzierung von Versorgungsleistungen, die Ausbildung von Fachkräften und der Ausbau von Infrastruktur unerlässlich. Außerdem halten wir es für erforderlich, dass alle beteiligten Akteure – also staatliche, zivilgesellschaftliche, akademische und privatwirtschaftliche – konstruktiv zusammenarbeiten, um gemeinsam nachhaltige Lösungen für die Herausforderungen der gesundheitlichen Versorgung der Menschen weltweit zu erarbeiten. Aus der Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der FDP-Fraktion „Transitionsprozesse globaler Gesundheitsprogramme“ (BT-Drucksache: 19/13821) ergab sich, dass in der Auswahl der Partnerländer die besonderen gesundheitlichen Herausforderungen, die sich aus den verschiedenen Transitionsprozessen ergeben, Berücksichtigung finden werden. Daher fordern wir, dass das BMZ in den bilateralen Regierungsverhandlungen auf die Priorisierung von Gesundheit hinwirkt. Darüber hinaus sollte das Robert-Koch-Institut Partnerländer bei der Implementierung der Internationalen Gesundheitsverordnungen und somit bei der nachhaltigen Stärkung nationaler Gesundheitssysteme unterstützen.

## **2. Stärkung des Zugangs zu Arzneimitteln**

Innovative Gesundheitsprodukte sind ein wichtiger Baustein für Gesundheitssysteme. Daher wollen wir Innovationen durch Stärkung beziehungsweise Aufrechterhaltung geeigneter Anreizsysteme, insbesondere dem Schutz des geistigen Eigentums, wirksam fördern. Die Aufweichung von Patentrechten bedroht jedoch ein bewährtes Anreizsystem, sorgt aber nicht für einen besseren Zugang zu Medikamenten. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir innovative Maßnahmen fördern, die auf Kooperation setzen, wie dem Medicines Patent Pool (MPP), der sich für einen besseren Zugang zu hochwertigen, sicheren, wirksamen, geeigneten und erschwinglichen Arzneimitteln engagiert.

### **3. Gezielte Bekämpfung multiresistenter Keime**

Eine weitere Herausforderung ist die Zunahme multiresistenter Erreger, gegen die auch Reserve-Antibiotika nicht mehr wirken. Weltweit steigt die Anzahl dieser Keime unabhängig vom Entwicklungsstatus eines Landes und stellt somit eines der dringlichsten Gesundheitsprobleme der Menschheit dar. Die Eindämmung von Antibiotikaresistenzen kann nur sektorenübergreifend erfolgen. In diesem Zusammenhang spielt der „One Health“-Ansatz, der einen integrativen Ansatz verschiedener Disziplinen im Rahmen einer nachhaltigen Gesundheitspolitik fordert, eine entscheidende Rolle. Eine gezielte interdisziplinäre Forschungsförderung und Entwicklung neuer Wirkstoffe ist daher dringend nötig und sollte – den Empfehlungen des Internationalen Beratergremiums folgend (Erklärung des Internationalen Beratergremiums zu globaler Gesundheit Juni 2019) – Schwerpunkt deutscher Gesundheitspolitik sein. Im Rahmen des Förderschwerpunkts „Globale Gesundheit“ des BMBF geförderte, intersektoral arbeitende oder forschende Plattformen müssen weiterverfolgt und gegebenenfalls ausgebaut werden. Diese ebenfalls von Deutschland ins Leben gerufene und koordinierte Global Antimicrobial Resistance Research and Development Hub muss mehr sein als ein Forum für Dialog und Austausch, sondern auch – wie der Name des Gremiums nahelegt – der Nukleus für koordinierte Entscheidungen über den Einsatz gemeinsamer Ressourcen in ambitionierte Forschung und Entwicklung neuer Therapien, Diagnostika und Präventionsmaßnahmen gegen resistente Krankheitserreger.

### **4. Verstärktes Engagement im Kampf gegen vernachlässigte Tropenkrankheiten und armutsbegünstigte Krankheiten**

Mehr als eine Milliarde Menschen leiden an vernachlässigten und armutsbegünstigten Krankheiten. Dazu gehören neben Aids, Tuberkulose und Malaria auch die vernachlässigten Tropenkrankheiten. Sie sind ein wesentliches Hindernis für Bevölkerungen in Entwicklungsländern, sich selbst aus der Armut zu befreien. In vielen Fällen ist eine erfolgreiche Prävention und Behandlung bereits möglich, aber die notwendige Behandlung und die nötigen Impfstoffe oder Medikamente erreichen die betroffene Bevölkerung nicht. Dazu kommt, dass immer noch erheblicher Bedarf für weitere therapeutische Medikamente und Impfstoffe besteht. Wir wollen niemanden zurücklassen und fordern daher, dass die Arzneimittelentwicklung insbesondere für vernachlässigte Tropenkrankheiten und armutsbegünstigte Krankheiten zusätzlich gefördert wird. Hierfür setzt die Fraktion der Freien Demokraten auf neue Partnerschaften und Kooperationen mit allen relevanten Akteuren auch in den betroffenen Regionen, insbesondere mit Einrichtungen der Grundlagenforschung und der Privatwirtschaft, um auch den Ärmsten Zugang zu Arzneimitteln zu ermöglichen. Wir unterstützen Arzneimittelentwicklungsinitiativen wie Produktentwicklungspartnerschaften, um dringend benötigte, aber kommerziell wenig interessante Arzneimittelinnovationen gegen armutsbedingte und vernachlässigte

Krankheiten, aber auch gegen (neue) Erreger mit dem größten Pandemiepotential zu entwickeln.

## **5. Förderung der Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen**

Das Geschlecht wirkt sich sowohl auf die Anfälligkeit für Krankheiten als auch auf den Zugang zur Gesundheitsversorgung aus. Frauen und Mädchen müssen im Allgemeinen höhere Ausgaben im Zusammenhang mit der Gesundheit aus eigener Tasche zahlen als Männer und sind daher nachteilig betroffen von Einschränkungen oder einer Nichtabdeckung von grundlegenden und routinemäßigen Gesundheitsdienstleistungen. Zudem interagieren sozial konstruierte Geschlechterrollen und geschlechtsspezifische Determinanten von Gesundheit mit anderen Formen der Diskriminierung und müssen daher in unseren Bestrebungen für eine universelle Gesundheitsversorgung eine zentrale Rolle spielen.

Gerade im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit gibt es noch viel zu tun. So werden nach Studien der UNFPA noch immer mehr als 74 Millionen Frauen und Mädchen ungewollt schwanger, mit gravierenden Folgen für ihre persönliche individuelle Gesundheit und Entwicklung, aber auch mit demographischen und gesellschaftlichen Folgen. Jede Frau und jedes Mädchen hat das Recht, selbstbestimmt, frei und bewusst zu entscheiden, ob, wann und in welchen Abständen sie schwanger werden möchte. Für die universelle Umsetzung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte (SRGR) und Familienplanung bedarf es sowohl des Zugangs zu sicheren und hochwertigen Dienstleistungen im Bereich der reproduktiven Gesundheit, als auch Zugang zu sicheren Verhütungsmethoden und Aufklärung. Es gilt zu prüfen, welche weiteren Projekte im Rahmen der globalen sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte aus deutschen Mitteln finanziert werden können, um Engpässe beim Zugang zu modernen Verhütungsmitteln insbesondere in den ärmsten Ländern der Welt sowie den Ländern mit einem hohen ungedeckten Bedarf an modernen Verhütungsmitteln zu minimieren.

## **6. Chancen der Digitalisierung für die globale Gesundheitsversorgung nutzen**

Globale Gesundheit braucht mehr Gesundheitsförderung statt Krankheitswirtschaft. Wir setzen uns für einen gesundheitsfördernden und präventiven Ansatz in der globalen Gesundheitspolitik ein, damit Menschen weltweit ein selbstbestimmtes Leben führen können. In diesem Zusammenhang spielen digitale Systeme eine bedeutende Rolle. Sie befähigen Patienten dazu, die Kontrolle über ihre Gesundheit aktiv in die Hand zu nehmen und unterstützen die Transformation von einer reaktiven Therapie zu einer proaktiven Prävention von Krankheiten. Wir, die Fraktion der Freien Demokraten, möchten den digitalen Fortschritt nutzen, um die Gesundheitsversorgung weltweit zu stärken. Dabei muss Sicherheit und

Transparenz im Umgang mit den Daten durch die Schaffung von globalen Standards und Regulierungsansätzen gewährleistet sein. Dementsprechend soll sich Bundesregierung für belastbare Standards im Umgang mit Gesundheitsdaten einsetzen.

## **7. Globale Gesundheitspolitik aus einem Guss**

Das Konzept „Health in all policies“ muss auch in Deutschland, sowohl in der nationalen als auch globalen Gesundheitspolitik implementiert werden. Die Neuformulierung der nationalen Strategie für globale Gesundheit bietet zudem eine große Chance, international sichtbare Prioritäten zu setzen und eine klare Vision für die globale Gesundheit vorzulegen, die über eine selektive Themenauswahl hinaus geht. Das bedeutet eine Integration beziehungsweise Verknüpfung mit anderen Strategien und unter anderem der außenpolitischen Agenda.

Wir Freie Demokraten wollen das Thema globale Gesundheit als Querschnittsthema in allen Ministerien integrieren und eine strategische Koordinierungsstelle im Kanzleramt einrichten, um Schwächen der Koordinierung und Kohärenz in der deutschen globalen Gesundheitspolitik auf EU- und VN-Ebene ebenso wie innerhalb der G7 und G20 zu überwinden. Statt auf verschiedene Ressorts - v.a. BMZ, BMG und BMBF - verteilter Zuständigkeiten sollte das Robert-Koch-Institut mit seiner Expertise im Bereich „Public Health“ gestärkt und sein Präsident als „Chief Medical Officer“ der Bundesregierung in die relevanten Entscheidungsgremien einbezogen werden, auch in einen reformierten Bundessicherheitsrat. Damit soll sichergestellt werden, dass in den jeweiligen Gremien medizinischer Sachverstand vertreten ist. Um Verantwortlichkeit zu gewährleisten, fordern wir darüber hinaus auf Grundlage unabhängiger Evaluierung – inklusive durch DEval – die Implementierung eines Impact Framework sowie entsprechend des Vorschlages des Internationalen Beratergremiums die Einführung eines unabhängigen Mechanismus zur Erfüllung der Rechenschaftspflicht, der an den Unterausschuss Globale Gesundheit gekoppelt ist (Erklärung des Internationalen Beratergremiums zu globaler Gesundheit Juni 2019).

## **8. Stärkung der globalen Gesundheitspolitik der EU**

Nationale Alleingänge in der globalen Gesundheit sind nicht sinnvoll. Daher setzen wir uns für eine europäische abgestimmte Zusammenarbeit ein und fordern von der Europäischen Kommission eine neue europäische Strategie zur globalen Gesundheit, um Aktivitäten optimal zu bündeln, die Koordination unter den Gebern zu verbessern, Doppelung zu vermeiden und Effizienz zu gewinnen. Nur so gelingt es der EU, sich als kohärenter und glaubwürdiger Akteur in der globalen Gesundheit zu positionieren und ihren Einfluss in multilateralen Foren bestmöglich geltend zu machen. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 bietet Gelegenheit, das Thema prominent auf die

Agenda zu setzen und das Engagement des Rats in diesem Bereich zu konkretisieren.

Wir fordern, dass Deutschland sich tatkräftig für eine Neuformulierung der veralteten Globalen Gesundheitskommunikation einsetzt. Denn nur mit einer neuen, echten Strategie, die mehr als nur eine Sammlung an Zielen ist, kann Europa den aktuellen globalen Gesundheitsherausforderungen gerecht werden. Gleichzeitig braucht es einen Monitoring Mechanismus, der die Umsetzung der Ziele überprüft und gegebenenfalls korrigierende Maßnahmen vorschlägt. Eine strategische Fokussierung sollte in den Bereichen erfolgen, in denen Europa sein politisches Engagement sowie seine Expertise aufgrund der lebendigen Forschungsgemeinschaft bestmöglich nutzen und einsetzen kann. Dies betrifft insbesondere die Themen armutsbedingte und vernachlässigte Krankheiten sowie sexuelle und reproduktive Gesundheit.

## **9. Verbesserung der Kohärenz in der globalen Gesundheitsarchitektur**

Nicht zuletzt müssen auf globaler Ebene parallele Strukturen verringert werden. Deutschland sollte seinen Einfluss in den Gremien der entsprechenden Gesundheitsorganisationen wie der WHO, Globalen Fonds gegen HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM) oder der globalen Impfallianz Gavi nutzen, um auf dieses Ziel hinzuarbeiten. Zum Abbau paralleler Strukturen und Nutzung von Synergien sollte Deutschland zudem die zügige Umsetzung des SDG3 Global Action Plan vorantreiben. Darüber hinaus ist es unerlässlich, die WHO als zentralen Akteur für das Agenda-Setting, die Normsetzung sowie die Koordinierung internationaler und nationaler Aktivitäten in der globalen Gesundheitspolitik zu stärken. Zur Sicherstellung der Handlungsfähigkeit der WHO muss Deutschland das mit dem „UN Funding Compact“ vereinbarte Ziel von mindestens 30% frei verwendbarer Mittel an VN-Organisationen im Entwicklungsbereich unbedingt einhalten. Nur mit starken internationalen Organisationen können wir nachhaltige Entwicklung sichern.

Studien des United Nations Sustainable Development Solutions Network deuten darauf hin, dass das Investieren in multilaterale Instrumente effektiver ist, als auf bilaterale Zusammenarbeit zu setzen. Daher wollen wir multilaterale Instrumente wie dem Globalen Fonds gegen HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria aufwerten, welche die Eigenverantwortung der Regierungen, die Kooperation mit der Zivilgesellschaft und des privaten Sektors sowie wirkungs- und genderorientierte Maßnahmen fördert. Angesichts sich schnell ändernder Gesundheitsbedürfnisse muss eine Ausweitung des Mandates des Globalen Fonds für HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose hin zu einem Globalen Fonds für Gesundheit angestrebt werden.

## 10. Investition in nationale Kapazitäten

Wir Freie Demokraten wollen ein öffentliches Grundbewusstsein für globale Gesundheitsthemen und die globalen Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 schaffen. Es gilt, die Trennung zwischen national und global in der öffentlichen Wahrnehmung zu überwinden. Hierfür ist es notwendig, den Mehrwert des deutschen Engagements klar dazulegen sowie das Thema stärker in die nationale Gesundheitsdebatte einzubringen.

Hierzu wollen wir im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in nationale Kapazitäten und Fachwissen im Bereich der globalen Gesundheit investieren, Forschungs- und Ausbildungskapazitäten ausbauen und vorhandene Institutionen und Netzwerke wie dem Global Health Hub Germany in Deutschland stärken. Um den Nachwuchs zu fördern, erachten wir die Stärkung bestehender und den Aufbau neuer Global Health Studiengänge und Graduiertenprogramme sowie die Förderung von internationalen und interdisziplinären Forschungsk Kooperationen in Medizin, Public Health, Sozial-, Politik,- Rechts- und Ingenieurwissenschaften als unerlässlich.

Ansprechpartner:  
Prof. Dr. Andrew Ullmann MdB, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit  
Telefon: 030 227 - 72415 – E-Mail: [andrew.ullmann@bundestag.de](mailto:andrew.ullmann@bundestag.de)